

# POSITIONSPAPIER

## STADTPLANUNG UND RAUMORDNUNG

### UNSERE HALTUNG

Die Stadt und die Metropolregion Wien stehen vor großen Herausforderungen in der nachhaltigen Bewältigung des Wachstums der Bevölkerung. Wir sehen die bisher gelebte Stadtplanung hierfür als wenig geeignet an und die Lösung in einer systemischen Änderung der Stadtpolitik.

Für NEOS wird die Wiener Stadtentwicklung gemeinsam mit der gesamten Metropolregion (W/NÖ/B) unter Einbeziehung der Bevölkerung geplant und ausgeführt. Die Stadtpolitik muss Wien zur offenen Stadt mit Fairness, Teilhabe und Transparenz für ihre Bürger\_innen machen. So wird die erfolgreiche und nachhaltige Zukunftsentwicklung der Stadt mit der Neugestaltung des öffentlichen Raumes sowie mit Initiativen zur Schaffung von Raum für Wohnen, Arbeiten und Wirtschaften für eine wachsende Bevölkerung umsetzbar.

### DIE HERAUSFORDERUNG

#### **Die Bevölkerung von Wien wächst wieder in Richtung 2 Millionen Menschen**

Für Wien wird in den nächsten 15 Jahren ein Wachstum von rund 200.000 Menschen erwartet, für das Wiener Umland von 400.000 Menschen. Dies erfordert von der Wiener Stadtpolitik eine entsprechende Stadtplanung.

#### **Der neue Stadtentwicklungsplan STEP2025 und seine Umsetzung**

Der im Juni 2014 beschlossene neue Stadtentwicklungsplan 2025 beinhaltet viele richtige Forderungen, Maßnahmen und Leitlinien. Nicht wenige davon waren auch bisher bereits vorgesehen, wurden jedoch nicht oder gar konträr realisiert. Für die Zukunft der Stadt ist es daher wesentlich, ob und wie der STEP 2025 umgesetzt wird.

## **Metropolregion Wien (W-NÖ-B) ohne überregionale Raumordnung**

In den letzten Jahrzehnten wurde Stadtentwicklung, Raum- und Verkehrsplanung überwiegend länder- und gemeindeweise betrieben und abgesehen von unverbindlichen Institutionen (Österreichische Raumordnungskonferenz - ÖROK) bzw. Kooperationen (Planungsgemeinschaft Ost – PGO) nicht überregional behandelt, wodurch es zu entsprechenden Fehlentwicklungen gekommen ist.

Innerhalb Wiens erfolgte Stadtentwicklung zudem oft ohne integrative Stadtplanung indem Einzelprojekte ohne räumliche Vernetzung genehmigt wurden.

## **Schaffung von Wohnraum**

Die Wiener Stadtpolitik steht vor der enormen Aufgabe, für den prognostizierten Bevölkerungszuwachs eine Abdeckung des Wohnraumbedarfs zu planen.

Ein neuer Stadtteil wie die Seestadt Aspern erfordert enorme Investitionen in die Infrastruktur (in diesem Falle für U-Bahn, Straßennetz, Kanalnetz, Schulen usw. über 2,5 Mrd. Euro). Großes Potential zur Schaffung von mehr Wohn- und Lebensraum für die Bürger\_innen ist jedoch durch die Verdichtung „der gebauten Stadt“ zu finden, welche bereits eine entsprechende Infrastruktur bietet. Dieses Potential gilt es zu heben, erfordert weniger Einsatz von finanziellen Ressourcen, aber mehr Einbindung der Bevölkerung in den Potentialbezirken für Stadtverdichtung.

## **Unternehmen und Arbeitsplätze in der wachsenden Stadt**

Die Beschäftigungsstruktur der Stadt Wien (2012) weist über 36 % der unselbständig Beschäftigten in der Öffentlichen Hand bzw. Versorgung aus. Nur noch rund 20 % der Arbeitnehmer\_innen sind in der Herstellung und Verteilung von Sachgütern bzw. in Planung und Bau tätig. Wien wurde in den letzten Jahrzehnten insbesondere als Verwaltungsstandort ausgebaut, hat jedoch als Industrie-, Gewerbe- und Forschungsstandort stark an Bedeutung verloren. Auch in der Seestadt Aspern ist derzeit nicht absehbar, wie hier 20.000 Arbeitsplätze geschaffen werden können, zumal es auch nicht gelungen ist, eine Forschungs- bzw. Bildungseinrichtung (TU Wien, FH Campus) hier anzusiedeln.

## **Überangebot an Bürobauten in der Stadt**

Der Bau von Büroimmobilien in Wien boomt, obwohl die Nachfrage stagniert und einzelne Großprojekte größere Leerstandsdaten verzeichnen. Im Beispiel von Town Town hat sich die Stadt Wien sodann mit einem Teil der Stadtverwaltung eingemietet, um das Projekt wirtschaftlich zu stützen. Eine derartige Politik dürfte zu höheren Kosten für die Stadt und ihre Unternehmen führen. Trotz der Erkennbarkeit dieser Probleme gibt es für die Wiener Planungspolitik scheinbar keine Veranlassung, von den Großinvestoren nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitskonzepte und Marktanalysen zu verlangen. Leerstände von Großimmobilien können zum Negativfaktor für ein Stadtquartier werden. Die Wiener Stadtpolitik hat das öffentliche Interesse der Gesamtstadt und ihrer Bürger\_innen im Auge zu haben, sodass es Investoren gegenüber transparent gemacht wird, welche städtebaulichen Entwicklungen von der Stadt gewünscht werden.

## **Der öffentliche Raum**

In den Zeiträumen, in denen das Auto als Verkehrsmittel populär geworden ist, hat man die Stadt autogerecht gestaltet und hierfür große Teile des öffentlichen Raumes gewidmet. Hier ist ein Umdenken erforderlich: Für die wachsende Zahl an Menschen in der Stadt muss ein entsprechender öffentlicher Raum zur Verfügung stehen. Eine Verdichtung der gebauten Stadt ist nur dann sinnvoll und nachhaltig möglich, wenn der öffentliche Raum stark von an der Oberfläche parkenden Autos bzw. Autoverkehr befreit wird und als Lebensraum neu gestaltet wird. Eine weitere Herausforderung im wachsenden Wien ist der Erhalt bzw. Ausbau von Grünraum.

## **Problemraum Erdgeschoßzonen**

Zahlreiche Straßenzüge in zentralen Lagen Wiens sind aufgrund mangelnder übergreifender Koordinierung der Gestaltung und Nutzung der Erdgeschoßzonen sowie der Begegnungszonen zu Problemfällen geworden. Manche Bausünden der jüngeren Vergangenheit sahen gar keine nutzbaren Erdgeschoßzonen mehr vor.

## **Erhaltung der Lebens- und Umweltqualität, Erreichung der Klimaziele**

Bei einer steigenden Bevölkerungszahl steht zugleich der Erhalt der hohen Lebens- und Umweltqualität sowie die nachhaltige Absicherung der Grundinfrastruktur von Energie im Fokus. Weiters hat sich Wien zu einem entsprechenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele verpflichtet.

## **Intransparenz und Unvereinbarkeiten in der Stadtplanung**

Die Stadtplanung fand bisher hinter den Mauern des Rathauses statt und bot kaum Möglichkeiten, Entscheidungen nachzuvollziehen bzw. als Bürger\_in in die Stadtplanung eingebunden zu werden. Unvereinbarkeiten haben Tradition: Die Mitglieder im „Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung“ zählen in der Regel zu den meistbeschäftigten Auftragnehmer\_innen der Wiener Stadtplanung und beurteilen mitunter ihre eigenen Projekte. Die Mitglieder des Beirates arbeiten ehrenamtlich, die Bürger\_innen erhalten keinen Einblick in die Kriterien der Projektbeurteilung des Beirates, die Sitzungen sind nicht öffentlich und die Entscheidungen werden nicht verteidigt.

Der Rechnungshof kritisiert, dass Stadtentwicklung oftmals konträr zu den Stadtentwicklungsplänen erfolgt. Ein Negativbeispiel für Stadterweiterung abseits des STEP 1994: Wienerberg City.

## **Public Private Partnership**

Partnerschaften mit der Wirtschaft im Rahmen von Public-Private-Partnership-Projekten bedeuten in der gelebten Form oftmals den Verlust von demokratischer Kontrolle und Transparenz. Dieser Umstand verursacht grundsätzliches Misstrauen der Bürger\_innen in Public Private Partnership Projekte. Es wird den Bürger\_innen in der Regel nicht vermittelt, ob und welchen Vorteil die Partnerschaft hat und welche Kriterien dafür und dagegen sprechen. Weiters sind Haftungs- und Risikoübernahmen im Rahmen von PPP-Projekten der Stadt nicht ersichtlich.

## **Großbauprojekte der Stadt Wien werden mit Risiko errichtet**

Bei großen Bauvorhaben wie dem Krankenhaus Nord beauftragt die Stadt bzw. in diesem Falle der Krankenanstaltenverbund keinen Generalunternehmer. Dadurch kommt es immer wieder zu massiven Kostenüberschreitungen.

## **Stadtbild und historisches Erbe**

Die Stadtplanung steht vor der Herausforderung, zum einen Stadterweiterung und Stadtverdichtung zu betreiben, und zum Anderen einen gewissen Schutz des Stadtbildes sowie des historischen Erbes zu gewährleisten. Immer wieder werden selbst denkmalgeschützte Gebäude spekulativ erworben, dem vorsätzlichen Verfall ausgesetzt, um einen Abbruchbescheid zu erwirken und eine werterhöhende Umwidmung zu erlangen.

# UNSERE VISION

## **Überregionale Metropolregion**

*Die Stadt Wien hat gemeinsam mit Niederösterreich und dem Burgenland die „Metropolregion“ und eine überregionale, verbindliche Raum-, Energie- und Verkehrsplanungsinstanz gebildet. Diese Instanz ist mit Finanzmitteln ausgestattet und erstellt eine **Siedlungsraumplanung** sowie eine darauf abgestimmte Verkehrsplanung. Ein Beispiel hierfür ist eine **gemeinsame Planungsabteilung der beiden Landesregierungen von Berlin und Brandenburg**.*

## **Mehr Lebensraum trotz Bevölkerungszuwachs**

*Der öffentliche Raum wird bereits schrittweise für die Menschen zurückgewonnen, beispielsweise durch die Neugestaltung des zentralen Wiener Gürtels als neuen Lebensraum. Diesem Projekt folgen viele kleinere mit derselben Zielrichtung in der ganzen Stadt. Die Begrünung von öffentlicher Fläche hat Vorrang vor der Versiegelung. Immer hat die Einbindung und der Dialog mit den Bürger\_innen bei der Stadtentwicklung Vorrang und schafft somit Identitätsbildung mit den Stadtteilen.*

## **Sozialraum Wien**

*Die Stadt ist eine offene Stadt für alle Menschen. Öffentliche und halböffentliche Räume bieten ausreichend Platz für die wachsende Bevölkerung und sind auf die Bedürfnisse sämtlicher Bevölkerungsgruppen (wie Kinder, Jugendliche, Ältere, Menschen mit Beeinträchtigungen, sozial Schwache) abgestimmt.*

## **Nachhaltiger und ressourcenschonender Wohnbau**

*Es wird eine auf das Wachstum der Bevölkerung ausgerichtete und nachhaltige Wohnbaupolitik mit einer ausgeglichenen Balance zwischen Qualität und Ressourceneinsatz betrieben. Hierbei werden die Kosten von Infrastrukturmaßnahmen mit einkalkuliert und es wird der Verdichtung der gebauten Stadt mit entsprechenden Maßnahmen bezüglich des öffentlichen Raumes der Vorzug vor Außenwachstum gegeben. Es wurde eine verbindliche Sanierungsrate für alle öffentlichen Wohngebäude festgelegt. Der Altbestand der Gebäude erreicht eine Gesamtemissionsreduktion von 50 % bis 2030.*

## **Gelebte Transparenz und Fairness**

*Fachgremien werden unabhängig besetzt und die Entscheidungen werden öffentlich gemacht und verteidigt. Ebenso wird für Chancengleichheit bei Ausschreibungen im Rahmen der Wiener Stadtplanung Sorge getragen. Der finanzielle Einsatz der Mittel für die Stadtplanung erfolgt nach nachvollziehbaren Kriterien und in einem Wettbewerb der besten Projekte. Die Stadt Wien betreibt eine Politik des Interessenausgleiches zwischen den verschiedenen Stakeholdern (Bürger\_innen, Unternehmen, Investor\_innen, Verwaltung).*

## **Den öffentlichen Raum neu gestalten**

*Der öffentliche Raum ist Gemeingut, in dem sich Menschen aller Geschlechter, Generationen und sozialer Milieus treffen und aufhalten können. Die Gestaltung dieser Räume fördert den sozialen Austausch - etwa durch variable Sitzgelegenheiten und qualitative Freizeitmöglichkeiten.*

## **LEITLINIEN UND MASSNAHMEN**

### **Bildung der „Metropolregion Wien“ als eine überregionale Raumordnungs-, Energie- und Verkehrsplanungsinstanz**

Diese Instanz hat die Aufgabe der überregionalen Raum-, Verkehrs- und Energieplanung und wird sowohl mit entsprechenden Finanzen aus den regionalen Budgets ausgestattet - also auch mit einer Kontrollfunktion hinsichtlich der Umsetzung in der Gemeinde und den Bezirken. Die Vergabe der Finanzmittel erfolgt mittels nachvollziehbarer Kriterien an die sinnvollsten Projekte. Die Bürger\_innen erhalten volle Transparenz und werden eingebunden, um auch die entsprechende Akzeptanz zu erzeugen.

### **Entrümpelung und Vereinheitlichung der Bauordnung**

Die Wiener Bauordnung wird entrümpelt und vereinfacht und ist verständlich für alle Bürger\_innen. Die Bauordnungen der Bundesländer werden weitgehend vereinheitlicht, können aber - in möglichst reduziertem Ausmaß - regionale Besonderheiten berücksichtigen.

### **Unabhängigkeit und Transparenz in der Stadtplanung**

Der Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung ist mit unabhängigen Expert\_innen nach nachvollziehbaren Kriterien und auch international neu zu besetzen. Die Mitglieder stehen nicht (wie bisher oft der Fall) in einem Auftragsverhältnis im Rahmen der Stadtentwicklung und beurteilen keine Projekt an welchen sie selber mitwirken. Die Kriterien sind zu öffentlich zu machen und die Entscheidungen des Beirates sind in öffentlichen Sitzungen zu verteidigen. Die Mitglieder des Beirates erhalten eine entsprechende Vergütung für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit.

### **Verbesserung der Chancengleichheit bei Ausschreibungen und Vergaben**

Die Wiener Stadtplanung berücksichtigt die Kreativität (Architektur, Gestaltung des öffentlichen Raumes) und gestaltet die Ausschreibungen so, dass die Vergaben verstärkt nach Qualitätskriterien erfolgen und nicht die üblichen Verdächtigen zum Zuge kommen.

## **Neue Flächenwidmung zur Verdichtung der gebauten Stadt**

In einer Initiative zur „Verdichtung der gebauten Stadt“ wird eine umfassende Überprüfung des Flächenwidmungsplanes zur Erhöhung der Bauklassen veranlasst. Dadurch kann in vielen Fällen eine Aufwertung von Bauklasse III (Gebäudehöhe bis 16 Meter) auf Bauklasse IV (Gebäudehöhe bis 21 Meter) erzielt werden und so die Grundlage für die Aufstockung von hunderten Häusern um Regelgeschosse gelegt werden. Für die Aufstockungen um Regel- und Dachgeschosse ist von der Verpflichtung der Errichtung von Garagenplätzen Abstand zu nehmen und statt dieser bzw. statt der ersatzweisen Stellplatzabgabe in reduziertem Ausmaß eine Abgabe zur Dotierung eines Mobilitäts- und Infrastrukturfonds einzuheben.

## **Öffentlicher Raum als urbaner Lebensraum**

Die Stadt übernimmt eine aktive Rolle um die Nachnutzung von derzeit (teilweise) brach liegenden zentralen Potentialgebieten wie beispielsweise der „Alten Wirtschaftsuniversität“, welche hervorragende Voraussetzungen für die Neugestaltung und Neuwidmung für gemischte Nutzung in Form von innovativen Gewerbebetrieben, Gastronomie und Wohnbau bietet.

Begleitend zu dieser Initiative startet die Stadt ein Programm zur Rückgewinnung des öffentlichen Raumes für die Bürger\_innen. Dies beinhaltet beispielsweise die Prüfung der Neugestaltung des Wiener Gürtels und der Schaffung eines neuen zentralen Lebensraumes für Wien. Durch die Verlagerung des Straßenverkehrs und unterirdische Parkplätze kann den Menschen vermehrt öffentlicher Raum zurückgegeben werden. Hierfür wird eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt und jenen von Stadterweiterungsprojekten (Beispiel: Seestadt Aspern) gegenübergestellt. Die Bürger\_innen werden im Rahmen des Projektes von Beginn an eingebunden und aufgefordert, ihre Ideen und Kreativität einzubringen. Im verdichteten Stadtgebiet wird der öffentliche Raum in Verbindung mit dem verstärkten Einsatz von Straßenbahnlinien nach dem Vorbild vieler französischer Städte neu gestaltet.

## **Schaffung von Wohnraum und der Einsatz von Fördergeldern**

Der effektive Einsatz der Fördergelder im Wohnbau (Sanierung und Neubau) ist zu überprüfen: werden neu sanierte Altbauwohnungen mit höheren Mieten als bisher versehen, dann sind damit auch die Sanierungen finanzierbar und die diesbezüglichen Fördergelder können für Wohnungsneubau eingesetzt und so insgesamt mehr neuer Wohnraum geschaffen werden.

## **Offensive Vorgangsweise im Aktionsplan 50/60/70**

Der STEP2025 sieht eine eingehende Analyse der Siedlungsstrukturen der 50er, 60er und 70er Jahre vor. Neben einer sanften Sanierung von Wohnbauten aus diesen Jahrzehnten sollte bei Wohn- und Gemeindebauten in sehr schlechtem oder schlechtem Zustand ernsthaft und offensiv eine Neuerrichtung mit entsprechender Verbesserung der Qualität sowie der Verdichtung und Erhöhung des Wohnraumangebotes angedacht werden. Die Stadt Wien sucht proaktiv das Gespräch mit den Bewohner\_innen dieser Gebäude und bindet sie rechtzeitig ein, um gemeinsam die Vor- und Nachteile und ihre Optionen zu besprechen.

## **Aktionsplan Gemeindebauten der 20er und 30er Jahre**

Die Stadt Wien entwickelt einen Plan zur Weiterentwicklung der historisch und sozial wertvollen Gemeindebauten aus dieser Zeit. Bei geeigneten Gebäudekomplexen ist neben einer Verbesserung/Sanierung auch eine Aufstockung zu prüfen.

Zum Beispiel die Gartenstadt „George Washington Hof“, welcher sehr großzügig und relativ niedrig gebaut ist und sich in unmittelbarer Nähe der Twin-Tower der Wienerberg City befindet. Hier besteht das Potential zur Verdichtung mittels Neubauten bzw. durch Aufstockungen, welche mit Verbesserungen (altersgerechtes Wohnen, Aufzüge) verbunden werden. Wichtig: Die Bewohner\_innen werden von Beginn an eingebunden.

## **Unser Grätzl, unsere Verantwortung**

Die Bürger\_innen erhalten und übernehmen Verantwortung in der Gestaltung ihres Grätzels und setzen eigene Projektideen um (wie Grätzelgrün, Radgaragen, Mitgestaltung und Erhalt des öffentlichen Raumes). Die Kreativität der Menschen wird eingebracht und die soziale Interaktion in der Bevölkerung wird aktiviert.

## **„Green First“ Stadtbegrünung hat Vorrang**

Unter „Green First“ wird der „nicht versiegelten Fläche“ Vorrang gegeben. Um in Zukunft auf ein nachhaltiges, stadtökologisches Klima aufzubauen, sind auch die Fassaden- und Gebäudegärten im Baurecht zu verankern und auf politischer Ebene zu fördern. Das Schulsanierungspaket bezieht sich auf alles rund um das Gebäude. Jedoch gibt es keine Förderung für Grünraum, somit mehr Grünanteil auch für Schulen und Bildungseinrichtungen.

## **Partnerschaften mit der Wirtschaft im Rahmen der Stadtentwicklung**

Partnerschaften der Stadt mit privaten Unternehmen werden transparent dargestellt (durch öffentlich gemachte Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Risikobewertungen inklusive Haftungen der Stadt für das Projekt). Es sind entsprechende Kriterien für die Entscheidungsfindung zu definieren. Die Stadt Wien gewährleistet, dass bei PPP-Projekten das Interesse der öffentlichen Hand entsprechend vertreten wird.

## **Eigene Großbauprojekte der Stadt werden finanziell abgesichert**

Die Stadt Wien sichert ein geplantes Baubudget bei eigenen Großprojekten durch die Vergabe einer Generalunternehmerschaft sowie durch aktives Risikomanagement ab, um finanzielle Risiken möglichst zu vermeiden.

## **Erhaltung des historischen Stadtbildes und kulturellen Erbes**

In definierten Teilen der Stadt wird das historische und identitätsbildende Stadtbild erhalten, insbesondere im Rahmen des Weltkulturerbes. Es werden weitere Maßnahmen ergriffen, um den spekulativen Erwerb von geschützten Gebäuden, welche vorsätzlich dem Verfall preisgegeben werden um den Abriss erwirken zu können, entgegenzuwirken (im Gegenzug können höhere Lagezuschläge zugemessen werden). Als erhaltenswert kann beispielsweise das Otto-Wagner-Spital angesehen werden.

## **Die Arbeit der Gebietsbetreuungen wird aufgewertet**

Als wesentliche Kommunikationsdrehscheiben haben die Gebietsbetreuungen einen hohen Stellenwert. Im Arbeitsrahmenprogramm „Gebietserneuerung und Stadtteilmanagement“ braucht die GB ein einheitliches Tätigkeitsprofil und eine neu angepasste Strukturentwicklung. Konstruktives Stadtteilmanagement funktioniert flächendeckender und motivierter, wenn GB-Bürostandorte erhöht werden und neue im 13./22./23. Bezirk errichtet werden. Darüber hinaus ist eine enge Vernetzung sowohl mit öffentlichen als auch mit privaten Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen.

## **Die Bezirksvertretungen als Bindeglied zu den Bürger\_innen werden gestärkt**

Die Bezirksvertretungen fungieren gemeinsam mit den Gebietsbetreuungen als Serviceplattform für die Bürger\_innen. Es wird volle Transparenz in Bezug auf Widmungsanträge und Neuplanungen (3D-Perspektiven, Bebauungsstruktur) eingeführt.

## **Alternative Konzepte für die Erdgeschosszonen**

Die federführende Stadtplanung von Geschäftsstraßen und gewerblich genutzten Flächen, erscheint wenig nutzungsorientiert. Zur qualitätsvollen Entwicklung von Erdgeschosszonen ist es sinnvoll, von der klassischen Einkaufsstraße Abstand zu nehmen und mehr in Richtung „maßgeschneiderte Grätzel-Straße“ mit qualitätsvoller Geh-Infrastruktur zu gehen. Ein interdisziplinäres Team entwickelt ein bürgernahes Straßenmanagement. Jede Straße erhält eine eindeutige Strategie und ein differenziertes Profil. Wichtig ist es vor allem auch, den Hauseigentümer\_innen Anreize zu bieten und Instandhaltungsgebote zu schaffen. Für die Prosperität der in diesen Zonen handelnden kleinen Gewerbe- und Handelsbetriebe ist eine Freigabe der Öffnungszeiten zu beschließen.

## **Stadtplanung für den Wirtschafts- und Forschungsstandort**

Die Stadtpolitik stellt im Rahmen der Flächenwidmung einen ausgewogenen Mix im Hinblick auf produzierende und forschende Unternehmen mit entsprechenden Arbeitsplätzen für die wachsende Bevölkerung sicher.

## **Wien - eine Stadt für alle**

Bei der (Neu-)Gestaltung des öffentlichen Raumes wird auf die Bedürfnisse aller Menschen gleichermaßen Bedacht genommen: Ein Netz aus zusammenhängenden Spielstraßen und Grünflächen bietet den Kindern dieser Stadt einen sicheren Bewegungsraum und entlastet damit auch die Eltern. Die öffentlichen Räume werden möglichst barrierefrei gestaltet und ermöglichen es älteren Menschen, sich sicher durch die Stadt bewegen zu können (insbesondere durch Sitzbänke auf Gehwegen und eine bessere Beschilderung). Die Stadt berücksichtigt außerdem vermehrt Sicherheitsaspekte bei der Stadtplanung; so vermitteln ausreichende Beleuchtung (Bewegungssensoren) und Zugänglichkeit ein Gefühl von Sicherheit und dienen gleichermaßen der Prävention von Kriminalität (design-out-crime). Außerdem wird die Sicherheit der Menschen und das Zusammenleben durch die Arbeit von Kräften wie Parkbetreuung, Streetworker\_innen und Polizei unterstützt.